

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Halbwegs neue Regierung  
**Autor:** Gorski, Bohdan  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093245>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Halbwegs neue Regierung

**Auch in Zeiten rasant veränderter Grosswetterlage müssen Länder regiert werden, und Polen wird neu regiert. Aber weniger neu, als es die Präsidentschaft Walesas zunächst hatte erwarten lassen.**

Die Bildung eines neuen Kabinetts in Polen nach der Wahl von Lech Walesa zum Staatspräsidenten ist schmerzhaft verlaufen.

Der erste Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten, Jan Olszewski, musste seine Bemühungen um eine Regierungsbildung aufgeben. Der unmittelbare Anlass dafür waren personelle Schwierigkeiten, aber dahinter ging es durchaus auch um relevante Streitfragen der Wirtschaftspolitik.



«Na, raten Sie mal!» («Express Wieczorny», Warschau, 2. 2. 1990)

Die Inflation vom letzten Jahr wurde vom Finanzminister Balcerowicz zwar kräftig gedämpft, aber die Geldgesundung war mit Wirtschaftsgesundung nicht identisch.

### Geldpolitik statt Wirtschaftspolitik

Beim personifizierten Hindernis für eine völlig neue Regierung handelt es um den Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister Leszek Balcerowicz. Er genießt das Vertrauen des Internationalen Währungsfonds, und auf die Zusammenarbeit mit dieser Institution ist Polen wirtschaftlich zu sehr angewiesen, als dass es sich leichtfertige Brückierungen leisten könnte. Das macht Balcerowicz schwer ersetzbar.

Gleichzeitig aber verkörpert er eine ökonomische Philosophie, die während der Kampagne um die Präsidentschaftswahl gerade aus den Kreisen der Walesa-Anhängerschaft stark angefochten war. Balcerowicz hatte in seinem Bestreben, das Land wirtschaftlich zu sanieren, eine Priorität gesetzt und durchgesetzt: die Herstellung des finanziellen Gleichgewichtes. Die dazu nötigen Opfer, die einer materiell bessergestellten Gesellschaft zumutbar sind, stellen im verarmten Polen ein zusätzliches soziales Problem dar. Deshalb warf man dem Finanzminister eine einseitige Fixierung auf die monetäre Lösung vor und nannte seine diesbezüglich konsequente Politik sektiererisch.

Der designierte Ministerpräsident Jan Olszewski nun wollte diesen zum Wirtschaftskönig avancierten Mann zwar nicht ausbooten, wohl aber sozusagen redimensionieren; Balcerowicz sollte nur noch als Wirtschaftsminister amtierend und mitregieren dürfen. Dagegen sträubten sich die Experten der internationalen Kreditgeber, und Olszewski liess sich entgegen den Erwartungen auf kein Seilziehen ein und resignierte sofort.

Danach wurde Jan Krzysztof Bielecki (geboren 1951 in Bromberg) zum neuen Ministerpräsidenten. Der Fachmann für Verkehrsökonomie hat zehn Jahre lang in Danzig das Kaderausbildungszentrum für Handel und Maschinenbau geleitet; mindestens hat er somit Erfahrung in der Leitung einer Verwaltung, und dass er keine bekannte politische Persönlichkeit ist, spricht nicht im vornherein gegen ihn.

In seiner ersten Regierungserklärung stellte Bielecki eine Fortsetzung der bisherigen «gesunden Geld- und Kreditpolitik» und der «vertrauensbildenden Lohnpolitik» in

Aussicht. Indessen sollte das durch neue Aspekte ergänzt werden: Kreditleichterungen für die Landwirtschaft, Exportförderung für Agrarprodukte, Schutzzölle gegen Lebensmittelimporte zu Dumpingpreisen. Damit werden die Bauern für die nötige Übergangsphase vom Zwang befreit, eine «internationale Konkurrenzfähigkeit» zu beweisen, noch bevor man ihnen die Bedingungen dazu geschaffen hat. Die theoretisch marktwidrigen Massnahmen verschaffen ihnen fürs erste die Extra-Luft, die sie brauchen, um sich umstellen zu können.

Ansonsten aber setzt der neue Ministerpräsident auf freies Unternehmertum, auf privates Eigentum und auf die freie Konkurrenz. Das sind die Grundpfeiler seiner Wirtschaftspolitik, und an dieser wird man die gesamte Regierungstätigkeit vorrangig messen.

Die neue Akzentsetzung ist auch bei der politischen Zusammensetzung der Regierungsmannschaft sichtbar geworden. Der frühere Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki hat zur Oppositionspartei der Demokratischen Union gewechselt, und mehrere Minister sozialdemokratischer oder ähnlicher Ausrichtung haben sich zurückgezogen. Das betrifft insbesondere Jacek Kuron und Waldemar Kuczynski, landesweit bekannte Persönlichkeiten, die aber ohnehin Mühe gehabt hätten, sich nach dem harten und oft persönlich geführten Wahlkampf um die Präsidentschaft gütlich mit dem Walesa-Anhang zusammenzutun.

An ihre Stelle sind einige Exponenten des Wirtschaftsliberalismus getreten wie Jerzy Eysmontt (Minister und Chef der Zentralplanung), Janusz Lewandowski (Minister für Privatisierung) und Adam Glapinski (Bauminister). Wie gesagt bleibt der mächtige Finanzminister Leszek Balcerowicz mit seiner Vorliebe für konsequentes Durchgreifen in monetären Belangen im Amt, aber man hofft auf mehr Gegengewicht durch kompetente Leute, für die eine gesunde Gesamtwirtschaft nicht aus finanziellem Gleichgewicht allein besteht, wie wichtig dieses auch sein mag.

## Sanierung und Timing

Die Hauptaufgaben der neuen Regierung sind langfristiger Natur. Die sozialistischen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft sind zu überwinden, ohne dass man den Prozess überhastet. Das mögliche Maximaltempo ist von Sektor zu Sektor verschieden, und es braucht eine einigermaßen harmonische Gesamtentwicklung. Die provisorischen Schutzmassnahmen für die Landwirtschaft deuten darauf hin, dass die Regierung bei aller Umstellung auf Marktwirtschaftlichkeit auch einen Sinn für das jeweils Mögliche hat.

Aufzubauen ist eine mittelständische Produktion mittels kleinerer Betriebe. Hier kann sich private Initiative relativ rasch günstig auswirken, wenn man sie nicht durch kreditpolitische und steuerliche Bedingungen abschreckt, so lockend ein frühes Zugreifen für den armen Staatshaushalt auch sein mag.

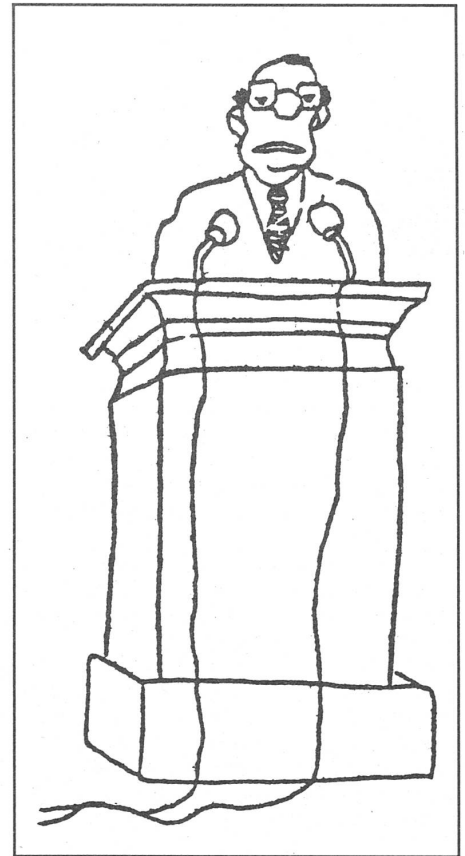
Die Umstrukturierung der Grossbetriebe und deren Ausrichtung auf Wettbewerbsfähigkeit braucht mehr Zeit, und bis dahin sind Stützungsmaßnahmen erforderlich, gross genug, um die Führungskräfte bei der Stange zu halten, klein genug, um sie nicht der bürokratischen Trägheit verfallen zu lassen.

Im Sinne dieser grossen Zielsetzung muss Polen ein politisch stabiles Land werden. Anders lädt es zu Investitionen nicht ein, und die übernommenen Abschreckungsele-

mente sind schon gross genug. Vor allem hat das Land vom alten Regime riesige Auslandschulden geerbt (zum Teil im Auftrag des seinerzeitigen RGW aufgenommen). Schon das Aufbringen der Zinsen ist eine drückende Last für die Wirtschaft, von der Tilgung ganz abgesehen. Und gerade darauf achten ausländische Interessenten auf ihrer Suche nach Kriterien für lohnenswerte Investitionen. In dieser Hinsicht hat es zum Beispiel die Tschechoslowakei besser, und Polen muss sich doppelt anstrengen.

## Der Nachbar

Zur politischen Gesamteinbettung gehört auch die Entwicklung oder Rückentwicklung in der UdSSR, und die polnische Bevölkerung hat mit grossem Erschrecken auf den blutigen Handstreich in Vilnius reagiert. Das offizielle Warschau hält sich zwar zurück, um nicht Öl ins Feuer zu giesen, aber durch das Land geht eine grosse Solidaritätswelle mit den Litauern, ähnlich übrigens wie auch bei grossen Gruppen in der Ukraine, in Weissrussland und im Kaukasus. Insbesondere die Jugend zeigt unverhohlen, wo ihre Sympathie liegt, aber die tiefe Sorge der Polen geht überall weit über die tagespolitische Anteilnahme hinaus. In der Tat zweifelt fast niemand daran, dass die Perestrojka, wenn nicht schon begraben, so doch langfristig angeschlagen ist. Über die konkreten Auswirkungen rätselt man, und als sicher gilt bloss, dass die Lage in dieser Beziehung sehr ernst geworden ist. ■



«Ich komme zum Schluss, und wie es weitergeht, könnt ihr morgen in der Zeitung lesen.» («Prawo: Zycie», Warschau)



Oben: «Ich gestehe ja alles, aber zwingt mich nicht mehr, die TV-Sendungen über Wirtschaftsreformen anzuschauen.»

Rechts: «Ich hatte ihn davor gewarnt, unsere Wirtschaft verstehen zu wollen.»

Leider immer noch aktuell sind diese beiden Karikaturen, die noch unter dem alten Regime in einer Krakauer Ausstellung gezeigt worden waren.

